



Niedersachsen-
Bremen

Nein zu diesem neuen Polizeigesetz für Niedersachsen

Die Niedersächsische Landesregierung hat einen Gesetzentwurf für ein neues Polizeigesetz (NPOG = Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz) vorgelegt. Laut SPD und CDU soll damit eigentlich vor allem den islamischen Terror bekämpft werden. Mit vielen der geplanten Maßnahmen gehen sie aber weit über das Ziel hinaus. Bürgerinnen und Bürger werden in ihren Rechten beschnitten.

Geht es nach dem Willen der Landesregierung, reicht in Zukunft der bloße Verdacht, um Bürgerrechte einzuschränken. Dabei ist für viele der neuen Entscheidungen noch nicht einmal eine Richterentscheidung erforderlich, die Befugnisse der Polizei sollen erheblich ausgeweitet werden. Mit dem Gesetz soll eigentlich mehr Klarheit geschaffen werden, an vielen Stellen ist das Gegenteil der Fall: Es ist handwerklich schlecht formuliert und öffnet damit Tür und Tor für Missbrauch und Fehler. Gerade die Erweiterung der Gefahrenabwehr auf eine drohende Gefahr ist unkonkret und damit kaum kalkulierbar. Das kann auch uns Gewerkschaften treffen, weil wir uns oft mit demokratischem Protest für Verbesserungen in vielen Bereichen einsetzen.

Dieses Gesetz formuliert viel zu allgemein. Es unterläuft die Gewaltenteilung und gibt der Polizei Aufgaben und Rechte, die eigentlich nur ein Richter haben dürfte. Die dadurch entstehenden Eingriffe in Grundrechte sind unverhältnismäßig, zumal viele präventiv möglich sein sollen, ohne hinreichenden konkreten Verdacht. Dazu gehören eine elektronische Fußfessel und ein möglicher Freiheitsentzug von bis zu 74 Tagen, die für möglicherweise straf-tätig werdende Menschen angewendet werden sollen.

Der Gesetzesentwurf ist insgesamt unverhältnismäßig, er schießt weit über das Ziel hinaus. Wir halten ihn für grundrechtswidrig.

Wir sind für echte Versammlungsfreiheit.
Wir sind gegen Einschränkungen der Bürgerrechte auf Verdacht.
Wir sind für mehr Freiheit und Demokratie.

Deshalb sind wir gegen dieses Gesetz!

Wir unterstützen die Proteste gegen den Gesetzentwurf, und wir rufen zur Teilnahme an den Protesten gegen das Gesetz auf.

Mehr Infos: www.nds-bremen.verdi.de